

I.

- a) Anlässlich des Bürgerkriegs in Angola trägt die Bourgeoisie zur Zeit eine breit angelegte Hetze vor. Die Hauptinhalte dieser Hetze sind einerseits Greueldmeldungen ("...den Gegnern werden die zuckenden Herzen aus dem Leib geschnitten"-Kronenzeitung), andererseits soll die völlige Willenlosigkeit und Unfähigkeit des afrikanischen Volks eingetrichtert werden, sich selbst zu regieren. Betont wird die völlige und prinzipielle Unvermeidbarkeit militärischer Konfrontationen zwischen den Befreiungsbewegungen Angolas. Eine wichtige Nebenseite der bürgerlichen Hetze ist es, die VR China neben der SU, den USA, Frankreich, etc. als eine der "eingreifenden" Mächte darzustellen.
- b) Der Zweck der bürgerlichen Hetze ist es, die "Unfähigkeit Angolas" (und darüber der gesamten dritten Welt) zu beweisen, seine Angelegenheiten selbst zu regeln. Damit soll die weitere imperialistische Kontrolle über Angola als notwendig legitimiert werden; und deshalb sei es ebenso notwendig, sich dort einzumischen. Der Hetze der KPÖ liegen dieselben Gedanken zugrunde, wenn auch unter "linkem" Vorzeichen. Mit dieser Hetze versucht die Bourgeoisie, das Volk für die Einmischung der Imperialisten zu gewinnen. Insbesondere die Arbeiterklasse soll so in die Front der imperialistischen Offensive gegen die angolansische Nation hineingezogen werden.
- c) Die Kommunisten waren bisher nicht in der Lage, dieser Hetze richtig und offensiv entgegenzutreten. Insgesamt ist es der Bourgeoisie bisher in dieser Frage gelungen, ihre Hetze zu verankern. Die Kommunisten sind in der Frage des Bürgerkriegs in Angola ideologisch in die Defensive gedrängt worden und haben so Boden an bürgerliche Strömungen verloren. Unsere Hauptschwächen waren dabei 1) weitgehende Unklarheit über den Charakter und die Aufgaben der neudemokratischen Revolution in Angola und der zentralen Bedeutung eines unabhängigen angolansischen Nationalstaates in diesem Rahmen; sowie 2. mangelnde Kenntnisse über den konkreten Verlauf der letzten Entwicklungen in Angola.

II.

- a) Eine Reihe von imperialistischen Ländern, insbesondere die beiden Supermächte, mischen sich offen und direkt in Angola ein. Die Gründe dafür liegen v.a. im enormen wirtschaftlichen Reichtum Angolas und der Möglichkeit, maximale Profite bei ihrer Ausplünderung zu erzielen. Darüberhinaus in der strategischen Bedeutung (Kontrolle des Atlantik und der Kaproute); sowie in der Gefahr, die für den Imperialismus insgesamt durch den Aufbau eines weiteren fortschrittlichen Staates im südlichen Afrika gegeben wäre.
- b) Angola ist der fünftgrößte Diamantenproduzent und (bis zum Bürgerkrieg) viertgrößter Kaffeeproduzent der Welt. Es ist zweitgrößter Produzent von Eisenerz und drittgrößter von Erdöl in Schwarzafrika. Daneben gibt es ergiebige Vorkommen von fast allen seltenen Mineralien. Fast drei Viertel der Anteile an diesen Reichtümern sind bisher in den Händen des amerikanischen, französischen, westdeutschen, und südafrikanischen Finanzkapitals (in der Reihenfolge der Bedeutung); der Rest ist im Besitz Portugals (seit den MFA-Verstaatlichungen in portugiesischem Staatsbesitz). Der Großteil der Investitionen unter dem Kolonialismus war Steuer- und zollfrei. V.a. in den letzten Jahrzehnten hatte sich ein gigantischer Raubbau an den angolansischen Rohstoffen entwickelt. Sämtliche bekannte Rohstoffvorkommen an Erdöl, Eisenerz, Diamanten, Mineralien, die Kaffeeplantagen, etc. etc., die Angola zu einem der reichsten Länder der 3. Welt überhaupt machen, sind also zu 100% in den Händen der Imperialisten und Portugals gewesen. Das muß man sich vor Augen halten, um die Bedeutung der Errichtung eines unabhängigen angolansischen Nationalstaates zu sehen. Mit der teilweise entstandenen verarbeitenden Industrie verhält es sich ebenso.
- c) Entsprechend der bisherigen wirtschaftlichen Struktur (fast 3/4 des Exports z.B. ist Kaffee) leben 80% der Bevölkerung von der Landwirtschaft, davon die überwiegende Masse unter traditionellen afrikanischen vor- und halbfeudalen, sowie feudalen Produktionsverhältnissen. Diese Verhältnisse wurden im Zug des Befreiungskampfes gegen den Kolonialismus nur in sehr beschränktem Ausmaß verändert. Die Lohnabhängigen Angolas machen über 10% der Bevölkerung aus. Davon sind 85% Landarbeiter auf den Plantagen; knapp 10% Hafen-Transport- und Bergarbeiter. Im Vergleich zu anderen afrikanischen Ländern ist das Proletariat also relativ stark entwickelt. Stark entwickelt ist aber auch das afrikanische Kleinbürgertum. Einerseits besteht es aus Händlern, kleinen Unternehmern, "besseren" Angestellten, etc.; die diese Positionen schon unter dem Kolonialismus als "Assimilados" ("Angestellte") besaßen.
- f) Im Übrigen ist die Creditanstalt-Bankverein bis heute an einem Bankkonsortium beteiligt, daß den Erzabbau in Cassinga (Angola) durch Krupp finanziert.

Die teilweise Industrialisierung, auf die Imperialismus und Kolonialismus die Wirtschaft v.a. in den letzten drei Jahrzehnten ausrichteten, brachte insgesamt eine für afrikanische Verhältnisse ausgeprägte Herausbildung der Klassen mit sich. Zusätzlich hatte der Kolonialismus auf dem Land feudale Strukturen eingeführt (z.B. Häuptlinge zur Eintreibung der Kopfsteuer), teilweise zersetzte er den vorhandenen Feudalismus und stützte sich danach auf ihn.

Diese relativ hohe Herausbildung der Klassen der angolischen Nation bildet eine objektive Grundlage, die sich der Imperialismus heute bei der Spaltung der nationalen Einheit zunutze zu machen sucht.

III.

a) Die Wirtschaft Angolas ist also geprägt durch die totale Kontrolle des Imperialismus über ihre Schlüsselstellen (Bergbau und Industrie, Banken, und kapitalistische Landwirtschaft), während gleichzeitig in weiten ländlichen Gebieten, wo die Masse der Bevölkerung lebt, vor- und halbfeudale sowie feudale Verhältnisse vorherrschen. Diese Produktionsverhältnisse fesseln die Entwicklung der Produktivkräfte Angolas. Sie bedingen die gnadenlose Ausbeutung der Arbeiter am Land und in der Stadt, das Elend der Bauern; und verhindern die völlige Herausbildung einer eigenständigen angolischen Nationalbourgeoisie, die sich erst in Ansätzen aus dem Kleibürgertum entwickelt hat.

b) Jede dieser Klassen und Schichten ist in ihrer Entwicklung durch den Imperialismus gefesselt und geknebelt. Zusammen formen sie die angolische Nation, die sich im Lauf der jahrhundertelangen portugiesischen Kolonialherrschaft herausgebildet hat, und eine gemeinsame Sprache und Kultur besitzt. Jede dieser Klassen und Schichten hat also auch objektives Interesse an der Entfaltung der Produktivkräfte und der Beseitigung der herrschenden Produktionsverhältnisse. Die bisherigen Eigentumsverhältnisse sind durch die Entwicklung der letzten Zeit noch keineswegs verändert und umgewälzt. Die Maßnahme der Übergangsregierung z.B., die ausländischen Banken in Angola zu verstaatlichen, blieb durch den Ausbruch des Bürgerkriegs weitgehend wirkungslos. Der Kampf um die nationale Befreiung, um das Selbstbestimmungsrecht der angolischen Nation, ist also noch keineswegs zu Ende.

c) Die nächste Aufgabe, die sich den unterdrückten Klassen und Schichten Angolas als gemeinsame Aufgabe stellt, ist die Errichtung eines unabhängigen angolischen Nationalstaates auf dem gesamten Territorium Angolas. Ein unabhängiger Staat Angola ist das nächste und entscheidende Mittel, das Instrument und die Form, mithilfe dessen die angolische Nation selbst über ihre Zukunft bestimmen kann. Erst der unabhängige Staat ermöglicht es beispielsweise der angolischen Nation, über ihre Reichtümer zu verfügen; zu bestimmen, wer sie wie benutzt. Er schafft überhaupt die Voraussetzungen, durch Gesetzesmaßnahmen den Imperialismus zurück- und hinauszuwerfen. Die Konsequenz dieser Maßnahmen hängt vom Kräfteverhältnis innerhalb der angolischen Nation ab.

IV.

Um also zu entscheiden, wer heute ein politischer Repräsentant der angolischen Nation ist, ist die Stellung dieser Kraft zur Errichtung eines unabhängigen und integralen Staates zu untersuchen. Für das Proletariat stellt sich dabei die Aufgabe, ein Bündnis und die Einheit aller unterdrückten Klassen und Schichten anzustreben, herzustellen und anzuführen. Dies erst schafft die Vorbedingung für die Durchführung der Gesamtheit der Aufgaben der neudemokratischen Revolution - der Agrarrevolution zur Zerschlagung der Feudalstrukturen, und der Beseitigung des Eigentums der Imperialisten an den Produktionsmitteln, - im Rahmen des Nationalstaates. Weder kann das Proletariat dabei auf das ~~Bündnis~~ strategische Bündnis mit den Bauern verzichten; noch kann es zulassen, daß die nationale Bourgeoisie in die Hände des Imperialismus getrieben wird. Damit die angolische Nation unabhängig und selbstständig vom Imperialismus über ihre Zukunft bestimmen kann, ist ihre politische Einheit notwendig.

FNLA, MPLA, und UNITA sind Vertreter der angolischen Nation. Ihnen ist gemeinsam, daß sie im Gegensatz zum Kolonialismus und im Kampf gegen ihn entstanden sind. Ihnen ist weiter und vor allem der Anspruch gemeinsam, die Errichtung eines unabhängigen und integralen angolischen Nationalstaates zum Ziel zu haben, die nächste strategische Aufgabe. Diese Übereinstimmung ermöglicht erst das Bündnis zwischen den drei nationalen Bewegungen. Notwendig wird dieses Bündnis schließlich dadurch, daß jede von ihnen Einfluß auf relevante Teile des angolischen Volkes hat. Die unterdrückten Klassen und Schichten, die real hinter jeweils einer Befreiungsbewegung stehen, haben insgesamt ein objektives Klasseninteresse an der Errichtung des Nationalstaates und der Herstellung der nationalen Einheit zu diesem Zweck.

V.
a) Bis zum Putsch vom 25.4.74 in Portugal war der Kolonialapparat für die USA und imperialistische Länder der 2. Welt ein guter Garant ihrer Interessen gewesen. Er hatte ihnen maximale Profite gesichert und diese gegen den Ansturm des nationalen Befreiungskampfes zu verteidigen gesucht. Die Sowjetunion hingegen hatte insgesamt in Angola keinerlei Einfluß (wenn sie auch seit 1970 über die CSSR und Polen versucht hatte, in den Markt einzudringen. So beteiligten sich diese Länder 1972 und 73 an der Industriemesse von Luanda und ~~xxxx~~ konnten gute Absätze erzielen). Insgesamt hat die Sowjetunion, mit Ausnahme Ostafrikas, gegenüber den USA noch eine verhältnismäßig schwächere Position in Afrika. Gerade deshalb hat sie besonderes Interesse an Angola. Sie hat dort nichts zu verlieren, gleichzeitig will sie aber sehr viel gewinnen. Dies, und ihr Anspruch, "natürlicher Verbündeter" des nationalen Befreiungskampfes zu sein, machten sie von Anfang der offenen imperialistischen Rivalitäten um Angola an zur gefährlichsten imperialistischen Macht.

Bis zum Abkommen von Alvor befand sich das angolische Volk siegreich im Vormarsch, und der Imperialismus war in die Defensive getrieben worden. Nach Jahren des gleichzeitigen Kampfes machten die Befreiungsbewegungen entscheidene Anstalten, dem Kolonialismus und Imperialismus endgültig die Staatsmacht über Angola zu entreißen. Sämtliche Ränke der Feinde Angolas waren fehlgeschlagen. (Erwähnt seien hier nur der Aufbau von Phantom- und Marionettenparteien mithilfe schwarzer Offiziere der Kolonialarmee; oder das Bestreben, die Berechtigung einer Partei der "Weißen" durchzusetzen, etc.). V.a. auch war der Versuch, eine "Föderation" der Kolonien mit Portugal zu erreichen, mißlungen; dieser Plan war durch die rasche diplomatische Anerkennung Portugals durch die SU nach dem Putsch vom 25.4.74 durchaus gefördert worden. Der Imperialismus sah sich also aufs äußerste in die Ecke gedrängt. Welche Kraft auch immer in Angola bei den Einigungsbestrebungen zwischen MPLA, FNLA, und UNITA ein relatives Übergewicht haben mochte, - die Einheit der Nation war ein schwerer Schlag gegen den Imperialismus, trat dadurch die Nation ihrem Hauptfeind geschlossen entgegen.

Diese Einheit drückte sich im siegreichen Abschluß des Vertrags von Alvor über die Unabhängigkeit Angolas vom Jänner 1975 aus. Er sah die Machtübernahme der drei Befreiungsbewegungen und die Ausrufung eines unabhängigen Staates für den 11. November vor. Für die Imperialisten gab es danach nur mehr eins: Die Machtübernahme durch die geschlossene Front der politisch einigen und im Volk relativ stark verankerten Vertreter der angolischen Nation zu verhindern.

b) Um die Einheit der angolischen Nation zu zerbrechen, mußten die Imperialisten alles daransetzen, die Organisationen des angolischen Volkes auseinanderzudividieren und gegeneinanderzuhetzen. Darin besteht das gemeinsame Vorgehen der Imperialisten, ihre Kollaboration. Gleichzeitig stehen sie in heftiger Konkurrenz zueinander und versuchen auf verschiedene Weise, dieses Ziel zu erreichen.

Um die politische Einigkeit des Volkes aufzubrechen, mußten die Imperialisten Angriffsflächen auffindig machen, von denen her dies möglich war. Diese Angriffsflächen fanden sie in den bestehenden unterschiedlichen Weltanschauungen der Befreiungsbewegungen, die sich auf den unterschiedlichen Klassencharakter ihrer Führungen gründeten. Bei ihrer Offensive seit dem Vertrag von Alvor ~~xxxx~~ über diese Angriffsflächen bauten die Imperialisten auf bestimmte Kontakte, die sich im Verlauf der vergangenen Jahre zwischen ihnen und der jeweiligen Befreiungsbewegung ergeben hatten.

c) Ob man also will oder nicht; man gerät unweigerlich ins Fahrwasser der Imperialisten, wenn man in einer Situation, in der die nationale Einheit dringend Not tut, die bestehenden sekundären Differenzen innerhalb der angolischen Nation und ihrer Organisationen in den Vordergrund rückt. Wenn man der einen Befreiungsbewegung gegenüber der anderen in dieser Situation "den Vorzug gibt", anstatt die Notwendigkeit des gemeinsamen Kampfes für die Errichtung des Nationalstaates zu betonen, schwingt man sich unversehens auf die imperialistische Woge. Diese rollt genau in dieser Richtung, und man gibt ihr womöglich noch einen "roten Wellenkamm", was noch gefährlicher ist.

VI.

V.a. um der Hetze der Revisionisten und Trozisten auf der Hochschule zusätzlich begegnen zu können, scheint es notwendig, kurz auf die sekundären Widersprüche in Angola einzugehen. Die Hauptmächte, die gegenwärtig den Bürgerkrieg in Angola schüren, und z.T. direkt die territoriale Teilung des Landes betreiben, sind die USA und die Sowjetunion. Daneben spielen Frankreich und Südafrika eine nicht unbedeutende Rolle.

a) Längere Zeit "setzten" die USA im Zug der imperialistischen Gegenoffensive auf

Die SU besitzt mit Sicherheit in Somalia militärische und Flotteneinrichtungen. Daneben ist Uganda der größte Käufer von schweren Waffen aus der SU in Afrika.

Die FNLA. Zu dieser hatte sie bereits seit längerer Zeit gewisse Kontakte. In den frühen sechziger Jahren hatte sie diese zunächst direkt unterstützt (Was nicht heißt, daß es von der FNLA falsch war, diese Hilfe gegen den Hauptfeind Portugal anzunehmen); später bestanden indirekte Kontakte über Angolas Nachbarland Zaire. Zeitlich gesehen waren die USA früher in der Lage und auch genötigt, über die FNLA die Differenzen in Angola zu schüren. Dies lag am Charakter der Führung der FNLA, deren Ideologie stark von der des Kleinbürgertums und der nationalen Bourgeoisie geprägt ist. Es liegt in dessen Natur, eine schwankende (und keineswegs eine "konterrevolutionäre", wie die Revisionisten behaupten) Haltung zum Bündnis mit den armen Klassen einzunehmen, und sich bloß auf bestimmte Teile des Volkes zu stützen. Diese Züge prägen bis zu einem gewissen Grad die FNLA. Einen ähnlichen Klassencharakter hat die Führung der UNITA. Sie hatte bestimmte Kontakte zu Frankreich, über die sie vermutlich ihre Waffen bezog (was ebenfalls nicht heißt, daß dies den Interessen der angolanischen Nation geschadet hätte). In ihren Programmen stellen sich diese beiden Kräfte die Verstaatlichung und Beschneidung des ausländischen Eigentums in Angola und eine Agrarreform zum Ziel. Die MPLA-Führung steht zweifellos ideologisch dem Marxismus-Leninismus nahe. Es war ebenfalls nicht gegen das Interesse der angolanischen Nation gerichtet, daß die MPLA Hilfe von der Sowjetunion annahm gegen die Kolonialmacht Portugal. In ihrem Programm hat die MPLA die weitestgehenden Vorstellungen vom Aufbau eines neuen Angola entwickelt. (Wenn wir die objektiven ökonomischen Bedingungen in Angola bedenken, wird ^{jetzt} deutlich, daß die verschiedenen Vorstellungen der Befreiungsbewegungen über die nächste Zukunft Angolas durchaus längere Zeit, im Prinzip, vereinbar sind). Es ist bekannt, daß die SU über diese Hilfe seit langem versuchte, die MPLA unter Druck zu setzen. Nach dem Einmarsch der SU in die CSSR beispielsweise stellte sie eine geraume Zeit ihre Hilfe an sie ein +), weil die MPLA nicht bereit war, die Invasion öffentlich gutzuheißen. Insgesamt stellt die MPLA für die SU sicher eine "harte Nuß" dar. Die Kontakte zur MPLA sind aber für die SU heute die einzige reale Möglichkeit, in Angola Einfluß zu gewinnen.

b) Auf der Grundlage dieser sekundären Widersprüche entwickelten sich v.a. nach dem Abkommen von Alvor Differenzen zwischen den Befreiungsbewegungen, die ihren Kern in der Frage der Führung der gemeinsamen Front hatten. Das Abkommen von Alvor hatte die Ausrufung des unabhängigen integralen Staates Angola für den 11. November 1975 durch eine vom Volk gewählte Nationalversammlung vorgesehen. Für die Wahl zu dieser Nationalversammlung sollten ausschließlich die drei Befreiungsbewegungen Kandidaten stellen. Seit dem Frühjahr konnte die MPLA unter der Losung "Die Volksmacht aufbauen" ihren Einfluß im Volk kontinuierlich verstärken. Die FNLA verlor demgegenüber relativ an Einfluß. In dieser Situation konnte die FNLA als erste zum Bruch des Abkommens von Alvor provoziert werden. Die Stationierung amerikanischer Militär- und Geheimdienstberater in Zaire dürfte eine erhebliche Rolle dabei gespielt haben, als FNLA-Verbände im Frühjahr in Gebiete einmarschierten, in denen die MPLA großen Einfluß hatte. UNITA und MPLA nahmen bis zum Sommer eine der Einheit förderliche Haltung ein.

c) Die Sowjetunion konnte sich erst relativ spät, dafür aber umso massiver, offen in Angola einschalten. Zunächst konnte sie nur dazu beitragen, das Klima der nationalen Einheit gehörig zu vergiften. Gerade das konsequente Eintreten von MPLA und UNITA für die Einhaltung des Vertrags von Alvor gestattete ihr vorläufig kein größeres Eingreifen. Allerdings zerrte auch sie jeden lokalen und noch so kleinen Konflikt in Angola nach dem Vertrag von Alvor mit großem Geschrei ans Licht der Öffentlichkeit und bezeichnete die FNLA als "Handlanger des US-Imperialismus".

VII.

a) Seit September/Okttober ist in Angola vollends der Bürgerkrieg entbrannt. Schien es zunächst so, als würde Luanda rasch von FNLA- und UNITA-Verbänden genommen werden, hat die MPLA gegenwärtig diesen Vormarsch zurückwerfen können. Die Imperialisten setzen auf einen "Sieg" derjenigen Befreiungsbewegung, zu der sie Kontakt haben. Dabei bauen sie darauf, daß der Bürgerkrieg lange und möglichst vernichtend geführt wird. Siegt "ihre" Befreiungsbewegung schließlich, steht diese 1. vor einem politisch zutiefst gespaltenen und geschwächten Volk, 2. einem wirtschaftlich völlig ruinierten Land 3. und besteht die Möglichkeit, daß die Befreiungsbewegung gerade im Zug des konventionell geführten Stellungskrieg, in den sie hineingezogen wurde, auch von den Teilen des Volkes gelöst hat, die hinter ihr gestanden sind. Optimalere Bedingungen kann sich eine imperialistische Macht nicht wünschen, um

+) Ebenfalls versuchte sie, die PAIGC und die FRELINO zu erpressen.

diese "siegreiche" Kraft dann engstens an sich zu binden. Um dieses Ziel zu erreichen, schaukeln die Imperialisten mit ihren Lieferungen jeweils die allgemeine Aufrüstung im Bürgerkrieg höher hinauf.

b) Von der Hetze der Imperialisten gegen den Vertrag von Alvor bis zur heutigen Situation führt e i n e Linie. Zunächst bestand das Vorgehen der imperialistischen Mächte darin, nach dem Vertrag von Alvor das Klima für ihre Gegenoffensive zu schaffen. Lokale Gefechte und Reibereien zwischen den Befreiungsbewegungen wurden breitgetreten und propagandistisch groß herausgestrichen, um ein Klima der Zwietracht und Uneinigkeit zu schaffen. Gleichzeitig begannen sie, der Befreiungsbewegung, zu der sie Kontakte hatten, eilfertig Waffenhilfe anzubieten, damit sie die Differenzen "besser" beilegen könnte.

In ihrer Gegenoffensive kamen die Imperialisten jedoch zunächst nicht über die Verursachung lokaler Auseinandersetzungen nicht hinaus. Die Nation wurde insgesamt in ihrer Einheit dadurch zwar bereits kräftig erschüttert, jedoch noch nicht auseinandergerissen. Im Gegenteil versuchten die Befreiungsbewegungen im Abkommen von Nakuru, mit Unterstützung der OAU ihre Differenzen beizulegen und die antiimperialistische Front wiederaufzurichten. Das Zustandekommen des Abkommens von Nakuru selbst ist ein deutlicher Beweis dafür, w i e stark der Gedanke der nationalen Einheit in Angola verankert war.

c) Nach dem Abkommen von Nakuru begannen sich die Imperialisten auf ein Klima des offenen Bürgerkriegs und der frontalen militärischen Auseinandersetzungen einzuschließen. V.a. die Sowjetunion begann ihre direkte Einmischung in die inneren Angelegenheiten Angolas. Zum Zeitpunkt des Abkommens von Nakuru, die eben wiedererrungene Einheit zu stärken und zu festigen, tat die SU genau das Gegenteil. Sie erklärte FNLA und UNITA zu "Reaktionären und Konterrevolutionären". Dies stellte bereits eine direkte Sabotage am Ringen um die nationale Einheit dar. Dabei baute die SU darauf, daß die MPLA in den lokalen, oft sehr grausam geführten Gefechten zeitweilig in Bedrängnis gekommen war.

VIII.

Das Instrument zur Schürung des Bürgerkriegs sind seit Sommerbeginn schwere Waffenlieferungen (Das hat es im Übrigen Frankreich ermöglicht, sich derart in Angola einzumischen. Frankreich ist drittgrößter Waffenproduzent der Welt) Mit schweren Waffenlieferungen verfolgen die Imperialisten einen doppelten Zweck: Erstens drängt die Art dieser Lieferungen auf einen konventionell geführten, d.h. Stellungskrieg, an allen Fronten hin. Sicherlich kann man mit Panzerbrigaden, Raketen, und Jagdbombern schwer nur bloß lokale Reibereien austragen. Schwere Waffenlieferungen verfolgen einzig und allein den Zweck, die frontale Gegenüberstellung und gegenseitige Vernichtung ganzer Teile des angolanischen Volkes voranzutreiben. Zweitens liegt es in der Art dieser Lieferungen, daß ihre Bedienung heute in Angola den Einsatz ausländischen Personals notwendig macht. Keine der Befreiungsbewegungen war im Verlauf des antikolonialen Kampfes beim Aufbau einer regulären Armee bereits soweit fortgeschritten bzw. hatte ihn überhaupt geplant. Der so notwendige Einsatz ausländischen Personals bindet die Befreiungsbewegungen aber umso stärker an die Gunst und Ungunst des beliefernden imperialistischen Landes. Was Waffenlieferungen dieser Art heute in Angola bezwecken, zeigt sich im Vergleich zur Zeit des antikolonialen Kampfes. Bis zum Frühjahr 1974 lieferte die SU an die MPLA, die sie ausschließlich unterstützte, lediglich leichte Feuerwaffen, Maschinengewehre (Kalashnikov) und Katjusha. Sowohl der Qualität als auch der Quantität nach sind diese Lieferungen seit dem letzten Sommer um ein vielfaches hinaufgegangen. Wenn man bedenkt, daß der Bürgerkrieg in Angola bereitsein mehrfaches an Toten gekostet hat als der antikoloniale Befreiungskampf, wird einem das Ausmaß und die Bedeutung dieser Lieferungen klar.

IX.

a) Die Sowjetunion schürt den Bürgerkrieg in Angola gewaltig. Einerseits dadurch, daß sie die nationale Einheit von der Flanke her sabotiert hat und sabotiert, indem sie sich als Schutzherr der nationalen Einheit aufspielt. Andererseits dürfte sie, gegenüber den einzelnen anderen Lieferländern, der größte Waffenlieferant in Angola geworden sein. Spätestens seit Mitte November, (als diese Meldungen durch o s t e u r o p ä i s c h e Quellen aus Luanda bestätigt wurden), steht fest, daß sich mindestens 500 sowjetische Militärberater, Tankerbesatzer, und Kampfpiloten in Angola aufhalten. Daneben sind 3000 Kubaner in Angola tätig. Panzer, 122-mm -Raketenbatterien, und SAM-7-Raketen sind in den letzten Wochen pausenlos eingelangt. Alles also schwere Waffen, die die Kapazität der FNLA und

Kuba erweist sich in internationalen Fragen immer stärker als direktes Instrument der SU. Nach einer Studie des US-Verteidigungsministeriums befinden sich weitere 2000 Kubaner in Ländern des Nahen Ostens und sind die beiden Geheimdienste faktisch ident.

UNITA-Truppen übertreffen sollen. Gleichzeitig nahm die SU weit früher als ihre Konkurrenten darauf Kurs, den Bürgerkrieg auch auf Luftkämpfe aufzuweiten, und Kampfbomber vom Typ MIG-14 und MIG-21 zu liefern.

Das Schüren eines offenen Krieges auf allen Ebenen steht weiterhin in einem gewissen Gegensatz zur Politik der MPLA. Deren Schwergewicht liegt in lokalen Angriffen durch ihre Milizverbände hinter den Frontlinien. In der konventionellen Kriegsführung beschränkte sich die MPLA bisher auf die Verteidigung von Luanda. Laut "Le Monde" hat sich die MPLA zudem geweigert, der Sowjetunion die Errichtung einer Luftbrücke nach Luanda zu gestatten, über die die SU weiteres schweres Waffenmaterial liefern wollte. Die MPLA-Führung lehnte dies ab, um der SU nicht auch die völlige Kontrolle über den Lufthafen zu überlassen.

b) Die USA dürften insgesamt etwas ins Hintertreffen gelangt sein. Ihre Militärhilfe läuft hauptsächlich über Zaire, sie liegt dabei 10 mal höher als 1974. Allerdings setzt die USA gleichzeitig direkt auf die territoriale Teilung Angolas durch die Unterstützung der FLEC-Separatisten in der angolischen Enklave Cabinda. An diese fließt ein großer Teil der amerikanischen Waffen über Zaire. Diesen Umstand hat sich Frankreich zunutze gemacht, um am nationalen Anspruch der FNLA und UNITA anzusetzen. Französische Waffen, v.a. Mirage-Jagdflugzeuge, gehen zur Zeit v.a. an die FNLA. Seit einem Treffen eines französischen Militärexperten mit Vertretern der FNLA und UNITA Ende Oktober sind die Waffenlieferungen Frankreichs nach Angola sprunghaft angestiegen und liegen zur Zeit nur knapp hinter denen der USA. Weiters kommen an der Seite der UNITA Einheiten der französischen Fremdenlegion ("Biafra-Söldner") zum Einsatz. Truppen Südafrikas, z.T. Panzereinheiten, kämpfen ebenfalls dort. Es scheint, daß sie einerseits direkt die selbstständigen Interessen Südafrikas vertreten und auf die Schaffung einer "Pufferzone" nördlich von Namibia Kurs nehmen, andererseits die gleiche Funktion haben wie die Söldner Frankreichs. Weiters kämpfen faschistische portugiesische Verbände ("ELP") auf der selben Seite. Ähnlich verhält es sich mit den Söldnergruppen, die bei der FNLA kämpfen.

Wie die MPLA hat sich auch die UNITA in letzter Zeit gegen die imperialistische Einmischung zu wenden begonnen. In einem Memorandum der UNITA an die OAU vom 13.11. heißt es: "... jetzt, wo wir das imperialistische Portugal besiegt haben, geben uns die anderen Imperialisten schwere Kanonen, damit wir uns gegenseitig abschächten können. Die (Imperialisten) kämpfen, um zu sehen, welcher von ihnen im neuen Angola den größten Einfluß haben wird.."

X.

a) Die Bedingungen für den Wiederaufbau der nationalen Einheit und die nationale Versöhnung in Angola stehen gegenwärtig schlecht, sind aber nicht völlig geschwunden. Die Entwicklung läuft insgesamt weiterhin in Richtung Ausdehnung des Bürgerkriegs. Der Grad der Abhängigkeit der drei Organisationen vom Imperialismus hat einen relativ hohen Grad erreicht, der in Zukunft auch umschlagen kann in völlige Abhängigkeit vom Imperialismus. Darauf muß man vorbereitet sein. Ein absehbarer Gradmesser für dieses völlige Umschlagen könnte der Verzicht einer oder mehrerer Befreiungsbewegungen auf die territoriale Integrität Angolas sein. Die genannten Äußerungen von MPLA und UNITA deuten darauf hin, daß sich innerhalb der Befreiungsbewegungen Kräfte entwickeln, die die Einmischung aller Imperialisten ablehnen.

b) Die Frontlinie der unterdrückten angolischen Nation gegenüber ihrem Hauptfeind, dem Imperialismus, ist weitgehend aufgerissen. In dieser Situation kommt den Bemühungen der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) hervorragende Bedeutung zu, der ausländischen Einmischung in Angola ein Ende zu setzen und Kurs zu nehmen auf eine Regierung der nationalen Einheit und Versöhnung in Angola. Die OAU hat diese korrekte Position seit langem vertreten. In ihr kommt das Bestreben der Länder der 3. Welt deutlich zum Ausdruck, selbst ihre Angelegenheiten zu regeln. Darüber setzt sich v.a. die Sowjetunion systematisch hinweg. Anfang November wies daraufhin der diesjährige Vorsitzende der OAU, Präsident Idi Amin von Uganda, den sowjetischen Vertreter aus Uganda aus. Er stellte fest, jener "gebärde sich wie der Vizepräsident von Angola". Eine Reihe von afrikanischen Staaten unterstützt den Standpunkt der OAU in der Frage des Bürgerkriegs in Angola. "Der Präsident von Tansania, Nyerere, hat das Ausland aufgefordert, seine Unterstützung für die rivalisierenden Befreiungsbewegungen in Angola einzustellen. Er nannte im einzelnen die Sowjetunion, die USA und Frankreich. Außerdem forderte Nyerere ein sofortiges Gipfeltreffen der Staaten, das den Bürgerkrieg in Angola beenden soll. Er unterstützte damit den gegenwärtigen OAU-Vorsitzenden Amin trotz sonstiger Meinungsverschiedenheiten." (Süddeutsche Zeitung, 13. November)

-7-

c) Eine Reihe von fortschrittlichen und sozialistischen Staaten hat ebenfalls diese Position bezogen. So haben nach dem April 74 Vertreter der FNLA, MPLA u. UNITA die Koreanische VDR und Rumänien besucht, deren Regierungen die Bemühungen um nationale Einheit unterstützen. Die VR China hat dieselbe Position bezogen, am deutlichsten ist dies in der Peking Rundschau Nr. 40, S. 12 nachzulesen. Die VR China hat bis zum Frühjahr Waffen an alle drei Befreiungsbewegungen Angolas geliefert gehabt und ihre Bemühungen zur Einheit öffentlich unterstützt. Diese Haltung zum Befreiungskampf in Angola hat sie bereits seit mehreren Jahren bezogen gehabt. In den Wochen nach dem Abkommen von Alvor, als die lokalen militärischen Konfrontationen begannen, stellte die VR China ihre Lieferungen an alle drei ein, um den Bürgerkrieg ~~xxxxxxx~~ nicht anzukurbeln. Der ständige lügnerische Vorwurf, die VR China unterstütze einseitig FNLA oder UNITA oder beide, ist durch nichts gerechtfertigt. Selbst FNLA-Vertreter erklärten dies mehrfach. Dieser Vorwurf dient einzig und allein dem Zweck, die revolutionäre Außenpolitik der VR China in den Dreck zu ziehen und sie in eine Linie mit der imperialistischen Einmischung durch USA und SU zu stellen. Das Prinzip der Unterstützung der nationalen Einheit ~~xxxxxx~~ durch die VR China stellt ein gutes Beispiel für die richtige Position in der Frage der Haltung zur Unterstützung des angolanischen Volkes dar. Es gibt hier nichts zu "verteidigen", wie manche Genossen zu meinen scheinen, sondern kann im Gegenteil gut dazu benutzt werden, der imperialistischen und sozialimperialistischen Hetze offensiv entgegenzutreten.

ZUSAMMENFASSUNG UND SCHWERPUNKTE DER AGITATION ZU ANGOLA:

Im Bürgerkrieg in Angola kommen gegenwärtig der Widerspruch zwischen dem Imperialismus und der 3. Welt sowie die Rivalität der beiden Supermächte voll zum Ausdruck. Dies ist die Grundlage, auf der sich die gegenwärtige komplizierte Lage entwickelt. Angola ist ein Land der 3. Welt, das vom Imperialismus unterdrückt wird, der sich dabei auf halbfeudale und feudale Strukturen in der Landwirtschaft stützt. Für die angolanische Arbeiterklasse ergibt sich die Aufgabe, zur Durchführung der neudemokratischen Revolution ein breites Bündnis mit allen Kräften anzustreben, die für die Errichtung eines integralen und unabhängigen angolanischen Nationalstaates eintreten. Im Hinblick auf die eingangs erwähnten Seiten der bürgerlichen Hetze sollten wir v.a. folgende Hauptgedanken offensiv unter die Massen tragen:

1. Insbesondere die beiden Supermächte USA und Sowjetunion betreiben durch schwere Waffenlieferungen und Entsendung von Militärspezialisten die Schürung und gegenseitige Aufschaukelung des Bürgerkriegs in Angola. Ihre Rivalität ist die Hauptursache für den Bürgerkrieg. Sie bauen darauf, in seinem Verlauf eine Befreiungsbewegung fest in ihre Abhängigkeit zu bekommen, um nach dem Ende des Bürgerkriegs das Land über die sie in ihre Einflusssphäre zu ziehen.
2. Die unterdrückte angolanische Nation hat das Recht selbst und ohne Einmischung von außen über ihre Zukunft zu bestimmen. Dazu braucht sie einen eigenen Staat und eine Regierung der nationalen Einheit.
3. Alle drei Befreiungsbewegungen treten für einen unabhängigen Staat ein. Die Herstellung einer nationalen Einheitsfront gegenüber dem Imperialismus im Hinblick auf dieses nächste und notwendigste Ziel ist möglich. Das zeigt der jahrelange Kampf der Befreiungsbewegungen gegen den Kolonialismus, den die Schulter an Schulter geführt haben. Insbesondere zeigt das das Zustandekommen des Abkommens von Nakuru und Alvor, in dem Einigkeit über die Machtübernahme in Angola erzielt wurde.
4. Die Völker Afrikas und die Völker Angolas haben deutlich bewiesen, daß sie ihr Geschick selbst in die Hand nehmen können. Gerade das ist eine arge Bedrohung für den Imperialismus, der Angolas ungeheure Reichtümer plündern will. Das gemeinsame Interesse der Imperialisten ist, die nationale Einheit in Angola aufzuspalten. Das versuchen sie, indem sie jeweils die eine Befreiungsbewegung gegen die andere hetzen. Bestehende sekundäre Unterschiede weltanschaulicher und sozialer Art zwischen den Befreiungsbewegungen greifen sie heraus und vergiften das Klima. Durch einen offenen Bürgerkrieg soll die angolanische Nation -Teil gegen Teil - offen gegeneinander gestellt und schwer geschwächt werden.
5. Die afrikanischen Länder der OAU, die VR China und viele andere Staaten unterstützen alle Bemühungen um die Wiederherstellung der nationalen Einheit und Aussöhnung. Sie treten entschlossen jeder ausländischen Einmischung entgegen. Dies ist der Weg, auf dem auch alle fortschrittlichen Menschen in Österreich das Volk Angolas unterstützen sollen.

a.g., 20.11.

Die Kollektive und Einheiten sind aufgefordert, Stellungnahmen und ev. Fragen an den St.A. zu richten.

KRITIK AN DER BISHERIGEN EINSCHÄTZUNG SOWIE METHODE DER ANALYSE DER KLASSENKAMPFSSITUATION

I.)

Ohne eine klare Einschätzung der Klassenkampfsituation, der Entwicklung des Kräfteverhältnisses zwischen Bourgeoisie und Proletariat an den verschiedenen Fronten des Klassenkampfes auf der Basis der Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaft ist es unmöglich, eine korrekte politische Linie, eine korrekte Taktik zu entwickeln. Nur indem wir die allgemeinen Prinzipien des ML auf die österr. Verhältnisse anwenden lernen, werden wir eine Taktik entwickeln können, die sich auch tatsächlich aus der konkreten Analyse der konkreten Situation ergibt. Um diese ständige Arbeit ist es bei uns schlecht bestellt. Die erste, mit größerem Anspruch niedergelegte Analyse brachte der RB zur 1. o. DK. Die dort erzielten Ergebnisse liegen bis heute unserer Arbeit zugrunde und sind trotz mancher Modifikationen in verschiedenen Rundschreiben immer noch aufrecht. Seit damals haben wir unserer Meinung nach in der Einschätzung der Entwicklung des Klassenkampfes keine besonderen Fortschritte mehr gemacht, was darauf zurückzuführen ist, daß die bisherige Art der Untersuchung in ihrer Undifferenziertheit und Plumpheit zu völlig unausgewiesenen Ergebnissen geführt hat, die eigentlich nie mehr in Frage gestellt worden sind, was dazu geführt hat, daß die einmal eingeschlagene Fixiertheit darauf, sowie unzulängliche Methoden jeglichen weiteren Fortschritt erschwert, wenn nicht sogar unmöglich gemacht haben. Die Fortschritte, die es ohne Zweifel in der Analyse bestimmter Aspekte der Krise gegeben hat, etwa wie sich der Verlauf der Krise bisher auf die Arbeiterkl. ausgewirkt hat, konnten noch kaum für die Analyse der Bewegung der Massen auf politisch-ideologischer, aber auch praktischer Ebene fruchtbar gemacht werden.

Wenden wir uns der Einschätzung im RB zu. Die wesentlichen Aussagen sind:

- "Auf Grund objektiver Bedingungen und subjektiver Entwicklungen in der Arbeiterkl. und im Volk hat der Zustand der relativen Ruhe in einen Zustand der raschen Veränderung überzugehen begonnen" (Ergebnisse, S. 36)
- "Das Volk ist weiter nach links gegangen" (S. 48), d.h. es wird eine Linksentwicklung in der Arbeiterkl. und im Volk festgestellt, die die Kommunisten bei entsprechender Arbeit zu einer anhaltenden Strömung machen könnten (S. 50)

Diese Ergebnisse der damaligen Untersuchung werden dadurch zu begründen versucht, daß ein Aufschwung des Kampfes der Arbeiterkl. um die Erhaltung des Lebensniveaus (S. 38-45) sowie ein Ansteigen der Volkskämpfe (S. 45-47) festgestellt wird.

Sehen wir uns nun genauer an, was damals von uns als Analyse ausgegeben wurde, so sind die Mängel nicht schwer zu erkennen.

Zuerst zum Aufschwung der Kämpfe der Arbeiterkl. Wie die Lage sich hier zunächst rein quantitativ entwickelt hat, läßt sich zuallererst und relativ einfach an Hand der stattgefundenen Streiks erkennen. Ganz in diesem Sinne wird festgestellt, daß 1971 die Streikstunden noch extrem niedrig waren (30 000), um dann als sichtbares Zeichen des Aufschwunges die 800 000 des Jahres 73 zu präsentieren. Sehen wir einmal davon ab, daß das Jahr 72 nicht existiert, so fällt auf, daß die 800 000 Streikstunden überhaupt nicht analysiert werden, was in unserem Fall besonders schmerzhaft und (ent)täuschend ist, weil im selben Jahr die Lehrer streikten! 9500 Lehrer der AHS streikten zusammen mit Sympathiestreiks der niederösterreichischen Kindergärtnerinnen und Beamten nicht weniger als 697.424 Stunden, womit die 800.000 Stunden in sich zusammensinken und auf einmal nur mehr 69.695 Streikstunden der Arbeiterklasse übrig bleiben, die uns hier einzig und allein interessieren. Heute wissen wir, daß auch 1974 nicht sehr viele Streiks stattgefunden haben (57.948 Streikstunden) und auch 1975 sich aller Wahrscheinlichkeit nach da nicht sehr viel ändern wird.

In diesem Lichte basiert die damalige Feststellung, daß ein Aufschwung der wirtschaftlichen Kämpfe festzustellen sei, auf gar nichts. Das noch umso mehr, weil die letzten 3,4 Jahre in überhaupt kein Verhältnis zur Zeit

davor, etwa 65-70, gesetzt wurden. Wahrscheinlich gab es zur Zeit des RB dazu von unserer Seite noch gar keine Untersuchung, doch trotzdem: "Nach einigen Jahren der relativen Ruhe in den Betrieben nimmt die spontane Rebellion gegen die kapitalistischen Verhältnisse einen Aufschwung" (S.40) Das alles gründete sich auf nichts und erweckt nur den Anschein einer Analyse. Jedenfalls geht aus dem RB nicht mehr hervor; sollte damals doch eine umfassendere Analyse gemacht worden sein, scheint sie nirgends auf, weswegen die Schlußfolgerungen unüberprüfbar bleiben und höchstens geglaubt werden können. Solche auf katastrophalen Mängeln beruhenden Aussagen kamen und kommen aber deswegen zustande, weil wir die Tatsache, daß wir über die jüngste Vergangenheit nichts wissen, vertuschen und Pauschalurteile über bestimmte Vorgänge der letzten Zeit, zum Teil aufbauschend, zu diesem Nichtwissen (= relative Ruhe) in Beziehung setzen, mit dem schädlichen Ergebnis, daß in Wirklichkeit gar nichts mehr untersucht wird, auch wenn dauernd von Analyse gesprochen wird.

Ohne selbst schon eine genaue Analyse vorgenommen zu haben, ergibt sich ungefähr folgendes Bild: in Wirklichkeit war seit der 2. Hälfte der 60er Jahre mit Ausnahme von 68 und 69 die Zahl der Streikstunden in jedem Jahr höher als in dem Jahr der 70er Jahre, in dem die höchste Streikstundenanzahl erreicht wurde (1972). Und zwar 65 3.387.787 Streikstd., 1966 570846, 1967 131.285, 1970 212.928. Tatsächlich kam es dann von 1971 auf 1972 zu einem Aufschwung von 29.614 auf 120.832 Streikstunden. 1973 aber, das Jahr der höchsten Streikstundenanzahl nach dem RB brachte tatsächlich einen gewissen Abschwung: 96.695!

Bis jetzt haben wir die Streikstunden rein quantitativ betrachtet. Im RB ist das ebenso geschehen, obwohl eigentlich klar sein müßte, daß eine Sache sowohl nach quantitativen als auch qualitativen Gesichtspunkten untersucht werden muß. Vom quantitativen Aspekt her kann jedenfalls kein Aufschwung festgestellt werden! Wie es qualitativ aussieht, dazu steht noch eine Analyse aus. Zu bemerken ist jedenfalls, daß in den 70er Jahren die von der Gewerkschaft nicht gebilligten Streiks etwas zunehmen, evtl. auch (das ist bei oberflächlicher Betrachtung nicht ersichtlich) die an solchen Streiks beteiligten Arbeiter. Ohne eine qualitative Analyse jedenfalls kann kaum etwas ausgesagt werden und der Wendepunkt 1970 muß unbewiesen bleiben. (alle Zahlen über Streiks aus dem Handbuch 1974 der AK Wien)

Dieselbe mangelhafte Vorgangsweise findet sich auch bei der Untersuchung der Volkskämpfe. Haben wir damals schon bei der Untersuchung der Streiks nicht viel zustande gebracht, so sieht es bei den Volkskämpfen noch trauriger aus. Hier fehlt der quantitative Aspekt sogar für die allerletzte Zeit. Es heißt da bloß: die Volksmassen geraten "immer unmittelbarer", "immer öfter" in Widerspruch zum Staat, sie sind "immer weniger bereit".....(45), was dazu führte, daß der Widerstand "bekanntgeworden ist", sich "Bürgerinitiativen entwickelt haben", der "Unmut groß ist" (45).

(Wobei es gerade bei den Bürgerinitiativen nicht genügt, lediglich ihren Bestand festzustellen, sondern eine genaue Analyse ihres politischen Charakters notwendig ist - zumal diese bekanntlich oft mit Fortschritt und 'links' nichts zu tun haben; z.B. Sternwartepark, Grinzing)

Über die Zeit davor wissen wir hier natürlich ebenfalls nichts, was allerdings insofern schwieriger ist, als dazu das genaue Studium von Zeitungen etc. in viel größerem Ausmaß notwendig ist als bei den Streikstunden, die wenn man auf der einfachsten Ebene stehenbleiben und keine qualitative Analyse durchführen will, nur nachzulesen braucht in den betreffenden Statistiken. Trotzdem im RB: der Aufschwung ist unverkennbar!

Zusammenfassend läßt sich daher sagen, daß die Analyse, die von uns zur Stützung der These der Linksentwicklung und des beginnenden Überganges zu einer Situation rascher Veränderungen angeführt wird, einer gründlichen Prüfung nicht standhält, wobei vor allem erschreckend ist, daß wir das nicht erkannt und eingeblendet haben, eine halbwegs ordentliche und richtige Analyse vorgelegt haben.

II.)

Haben wir bisher nur die konkrete Untersuchung unter die Lupe genommen, so muß noch untersucht werden, was bisher von uns unter 'Linksentwicklung'

verstanden wurde und warum wir die Entwicklungen der letzten Zeit gleich zu einem beginnenden Übergang zu raschen Veränderungen auf der subjektiven und objektiven Ebene gemacht haben, worauf sich die 'Linksentwicklung' gründete. Beide Aussagen hängen zusammen und sollen die Entwicklung des Klassenkampfes in Österreich insgesamt treffen. Das müssen wir uns überhaupt vor Augen halten, daß unsere Aussagen immer den Anspruch haben, die Entwicklung insgesamt einzuschätzen, obwohl es zweifellos so ist, daß die Kommunisten heute noch eine sehr geringe Massenagitation machen können und deshalb unsere beschränkten Erfahrungen dabei nicht so ohne weiteres auf die nationale Ebene umgelegt werden können.

Ein gutes Beispiel, wie das von uns oft außer Acht gelassen wird, bietet das Rundschreiben (36), wo es heißt, daß u.a. "das Verständnis, das wir z.T. für die Iberia-Aktion erreichen konnten" (S.11), davon zeugt, daß die Massen bereits begonnen haben, "sich in Gedanken und Taten von den traditionellen Bindungen an die ideologische Vorstellungswelt der Bourgeoisie zu lösen" (ebda.) Zu allererst ist es doch so, daß unser Auftreten zeigte, daß es schwierig war, den Kollegen klarzumachen, worum es gegangen ist und daß dazu eine gründliche Diskussion nötig war, und dann, was hier einfach unter den Tisch fällt, daß wir gerade bei unseren paar Betrieben und in der Stadt dazu aufgetreten sind (wahrscheinlich so recht und schlecht) und daher die paar Erfahrungen doch nicht gleich zu einem "Verständnis" bei den Massen machen dürfen! Solche Verallgemeinerungen sind einfach unzulässig und können nur zu einem Ergebnis führen: die Schwierigkeiten mittels einer Scheinwelt zu verniedlichen und uns selbst in den Sack zu lügen.

Wollen wir die gegenwärtige Lage analysieren, um ein Bild davon zu bekommen, so müßte eine solche Untersuchung beinhalten:

- die Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaft und die Auswirkungen auf Arbeiterkl. und Bourgeoisie
- die Reaktion der Arbeiterkl. und der Bourgeoisie darauf und die Entwicklung des Klassenkampfes an den verschiedenen Fronten.

Der RB meint mit seinen Aussagen, daß wir uns sowohl auf der objektiven (Krise) als auch der subjektiven Ebene (Linksentwicklung) in einem Zustand des beginnenden Überganges zu rascher Veränderung befinden.

Mao schreibt: "Von den beiden Seiten des Widerspruchs ist die eine unweigerlich die hauptsächliche, die andere die sekundäre Seite. Die hauptsächliche Seite ist jene, die im Widerspruch die führende Rolle spielt. Der Charakter eines Dinges wird im wesentlichen durch die Hauptseite des Widerspruchs bestimmt, die eine dominierende Stellung einnimmt. Diese Lage ist aber nicht unveränderlich: die hauptsächliche Seite und die sekundäre Seite des Widerspruches gehen ineinander über, worauf sich auch der Charakter des Dinges entsprechend ändert. Wenn in einem bestimmten Entwicklungsprozeß oder in einer bestimmten Entwicklungsstufe eines Widerspruches dessen hauptsächliche Seite A ist und seine sekundäre Seite B, so vertauschen die beiden Seiten in einer anderen Entwicklungsstufe oder in einem anderen Entwicklungsprozeß ihre Stellung zueinander, was durch den Grad der Vermehrung bzw. Verminderung der Kräfte der beiden widerstreitenden Seiten des Widerspruches im Verlaufe der Entwicklung des Dinges bestimmt ist" (Mao I/391) An anderer Stelle:

"Die Bewegung eines jeden Dinges äußert sich in 2 Zuständen: im Zustand relativer Ruhe und im Zustand offensichtlicher Veränderung. Diese sich in beiden Zuständen äußernde Bewegung wird durch den Kampf verursacht, den die beiden im Ding enthaltenen gegensätzlichen Faktoren miteinander führen. Wenn die Bewegung des Dinges den ersten Zustand zeigt, dann macht das Ding nur quantitative Veränderungen durch und keine qualitativen; deshalb äußert sie sich in scheinbarer Ruhe. Nimmt die Bewegung den 2. Zustand an, so haben die im ersten Zustand vor sich gegangenen quantitativen Veränderungen bereits einen bestimmten Kulminationspunkt erreicht, das Einheitliche hat sich daher aufgelöst und es erfolgt eine qualitative Veränderung, deshalb äußert sich die Bewegung des Dinges in einer offensichtlichen Veränderung." (Mao I/401)

Halten wir uns das vor Augen, so ist es unserer Meinung nach so, daß wir der Entwicklung des Klassenkampfes vorgreifen, wenn die jetzige Situation

-11-

schon zu einem beginnenden Übergang zu rascher Veränderung gemacht wird. Ganz einfach deshalb, weil der Klassenkampf noch nicht einmal das Stadium offenerer Klassenauseinandersetzungen an einzelnen Punkten des Landes erreicht hat, welche Gründe das auch immer haben mag (siehe RS 15). Das Einheitliche hat sich noch nicht aufgelöst und der Kulminationspunkt muß erst erreicht werden. Deswegen hat sich auch noch nichts am Kräfteverhältnis zwischen Proletariat und Bourgeoisie verändert. Es müßte jetzt für uns auch leichter sein, festzuhalten, was man denn unter Linksentwicklung verstehen sollte. Unserer Meinung nach kann das, soll es einen Sinn haben, nur auf einen Zustand angewendet werden, der sich dadurch auszeichnet, daß die Arbeiterklasse und das Volk tatsächlich schon in Bewegung gekommen sind und eine Veränderung des Kräfteverhältnisses zugunsten der Arbeiterkl. eingetreten ist. So etwas läßt sich aber nicht feststellen, indem Streikstunden zusammengezählt werden, so etwas läßt sich auch nicht allein dadurch beweisen, daß auf der ideologischen Ebene bei den Massen etwas in Fluß kommt, auch wenn die ideologische Ebene entscheidenden Einfluß darauf hat, ob die Arbeiterklasse und das Volk praktisch zu handeln beginnen. Um eine Linksentwicklung feststellen zu können, dazu muß untersucht werden, wie die Verhältnisse auf ökonomischer, politischer, ideologischer und militärischer Ebene zur Zeit sich gestalten und welche zukünftige Entwicklung anzunehmen ist. Ein Ergebnis dabei wird sein, ob man einschätzt, daß die relative Ruhe weiter anhalten wird oder nicht, ob man der Meinung ist, daß mit ziemlicher Sicherheit anzunehmen ist, daß die Massen nach links und nicht nach rechts gehen werden. Deswegen aber darf man die Zukunft nicht schon zur Gegenwart erklären, weil das eben ganz bestimmte Folgen zeitigen muß, wie wir es zumindestens ansatzweise glauben zeigen zu können. In der Nr. 1 des KuK hat Schmierer versucht, für die BRD die Lage an den verschiedenen Fronten einzuschätzen, sie zueinander in Beziehung zu setzen und so zu einem Gesamtbild der Lage und der Entwicklung zu kommen. Wir haben leider nur das Ergebnis übernommen, die Methode ist zusehends in Vergessenheit geraten und geblieben ist nur die Linksentwicklung. Weil aber gegenwärtig noch nicht gesagt werden kann, daß insgesamt die Bourgeoisie am Zurückgehen ist und die Arbeiterkl. zur Zeit schon nach vorne geht, sollten wir auch aufhören von 'Linksentwicklung' oder auch 'Linksdrang' zu sprechen. Solange nämlich weder von Offensive noch Defensive geredet werden kann, sollte man vorsichtig mit Bezeichnungen wie 'Linksentwicklung' umgehen; solange die Arbeiterkl. aber noch nicht einmal zum Kampf angetreten ist, kann jedoch von einer Offensive ihrerseits überhaupt keine Rede sein. Wir glauben, daß deswegen Bezeichnungen wie 'Linksentw.' oder 'Linksdr.' auf den jetzigen Zustand nicht angewendet werden sollten. Allerdings ist das, was man denn unter Linksentwicklung verstehen sollte, nicht die entscheidende Frage. Vielmehr würde die zu führende Diskussion völlig falsch laufen, würden wir uns darauf konzentrieren, terminologisch festzulegen, was unter Linksentw. oder Linksdr. verstanden werden sollte. So werden wir nämlich in der Untersuchung der jetzigen Lage nicht weiterkommen. Es war ja gerade der Fehler der letzten Zeit, mehr darauf zu achten, was unter Linksdrang zu verstehen sei, als darauf zu achten, wie sich die Bewegung der Massen tatsächlich entwickelt. Im folgenden wollen wir das belegen.

Nachdem mit dem RS 15 dem mangelnden Aufschwung der Streikkämpfe ein wenig Rechnung getragen wurde, ohne sich daran zu machen, die ganze Einschätzung einmal zu überprüfen, wurde die Linksentwicklung zum Linksdrang und ab da hauptsächlich durch ideologische Bewegungen in den Massen definiert. Verunsicherungen, das Kritische -Werden, wie es sich zur Zeit entwickelt (wobei wir auch das nicht wirklich untersuchen) u. reicht aber ebenfalls nicht aus, um so ohne weiteres von einem Linksdrang zu sprechen, ganz einfach deshalb, weil die Verhältnisse nicht so massenhaft, wie manchmal eingebildet, in Frage gestellt werden, und wie wir oben bereits gesagt haben, eine Linksentwicklung sich auf eine Einschätzung an allen Fronten des Klassenkampfes gründen muß. Dass die ideologische Entwicklung bisher überschätzt worden ist, das hat man bereits erkannt. Im RS 36 heisst es bereits: "Wir können feststellen, dass keinesfalls Klarheit besteht, dass 'diese Verhältnisse' auch geändert werden müssen" (12) und weiter: "Es ist richtig, dass die Massen nach einem Ausweg zu suchen beginnen, dass der Wunsch nach

bereits erkannt. Im RS 36 heisst es bereits: Wir können feststellen, "dass keinesfalls Klarheit besteht, dass 'diese Verhältnisse' auch geändert werden müssen"(12) und weiter: "Es ist richtig, dass die Massen nach einem Ausweg zu suchen beginnen, dass der Wunsch nach 'mehr Sozialismus' da und dort zum Durchbruch kommt....dieser Wunsch aber keinesfalls mit der Vorstellung verknüpft ist, dass zu seiner Realisierung eine 'Veränderung der Verhältnisse' notwendig ist, sondern vielmehr als Forderung in Richtung SP gestellt wird"(12). Bevor wir auf die Schlussfolgerung daraus eingehen, sei noch zitiert, was noch vor gar nicht allzu langer Zeit (RS 28) vertreten wurde: "Er (der Linksdrang) besteht in den stärker und entschiedener werdenden Bestrebungen der Massen zur Selbständigkeit in Denken und Handeln, die der Erschütterung ihrer Kettung an die Politik und Ideologie der Bourgeoisie entspricht. Er zeigt sich in der wachsenden ~~Klarheit~~ Klarheit darüber, dass die Verhältnisse sich zum Schlechteren entwickeln und geändert werden müssen, und dass eine Veränderung im Sinne der Arbeiterklasse nur von der Arbeiterklasse selbst ausgehen und von ihr und vom Volk getragen werden kann."(S.1) Dass das eine mit dem andern nicht mehr viel zu tun hat, ist offensichtlich, dennoch: "Keinesfalls aber gibt uns das Wahlergebnis und ^{auch} das Wahlverhalten einen Grund, von unserer generellen Einschätzung der ideologischen Bewegung unter den Massen abzurücken", was soviel heisst wie: "Bestätigt hat sich die Einschätzung unseres Rechenschaftsberichtes" (36/ S.8)

Wir meinen, dass wir mit dauernden Einschränkungen, die dann keine sind, weil die Einschränkungen die generellen Aussagen bestätigen sollen, nicht weiterkommen werden und dass an Stelle von einzelnen Modifikationen endlich eine Analyse treten sollte. Wie schädlich diese dauernden Einschränkungen sind, sei an einem Beispiel angeführt. Im RS 15 wurde versucht, den Grund aufzuspüren, warum trotz verstärkten Drucks es zu keiner offensichtlichen Gegenwehr der Arbeiterklasse in Form von Streiks gab und noch gibt. Angeführt wurde die Verengung des Spielraums. Was damals richtig auf die Möglichkeiten des praktischen Handelns angewandt wurde, wurde nicht viel später auf den ideologischen Bereich übertragen (RS 28) um ein wenig der TatsacheXX Rechnung zu tragen, dass es mit der ideologischen Bewegung noch nicht so weit ist, wie oft gedacht und festgestellt. Statt zu analysieren, wie der Hase denn wirklich laufe, produzierte man so nur eine inhaltsleere Konstruktion. Auf der Ebene des Handelns heisst Verengung - die Arbeiter sehen, dass sie sich nur im Kampf etwas holen können, scheuen ihn aber, weil die Bedingungen schlecht sind (Gefahr des Arbeitsplatzverlusts etc.) Dasselbe im Reich der Gedanken müsste heissen: die Leute denken sich mehr als sie sich tatsächlich denken bzw. konkreter, sie glauben, dass das, was die Bürgerlichen sagen, falsch ist, andererseits dnenken sie sich, dass man sich das nicht denken darf oder dass an dem bürgerlichen Gerede doch was dran ist, was wieder bedeutet, dass sie sich nicht denken, dass das alles falsch ist, was die Bürgerlichen sagen. Mit einem Wort, sowas sagt alles und doch nichts. Und da liegt auch der Hund begraben. Statt zu untersuchen, wie die ideologische Entwicklung denn nun wirklich, d.h. an Hand der brennendsten Fragen des Klassenkampfes es heute vor sich geht, allgemeines Gerede wie: die Desillusionierung über den Parlamentarismus nimmt weiter (quantitativ? qualitativ?) zu, die Sozialpartnerschaftsideologie bröckelt ab, andererseits aber auch nicht, weil der ideologische Spielraum enger wird. In den Referaten zur Wahl (RS 36), die so etwas wie eine Einschätzung sein sollen, wird nirgends unter-

sucht, wie die Massen denn zu den von uns als zentral angegebenen Fragen stehen.

Gerade hier aber müsste die Untersuchung einsetzen, um sagen zu können, da hat sich was weiter entwickelt oder nicht. Eine solche Vorgangsweise widerspricht aber so unserer bisherigen Vorgangsweise und Methode, dass zu befürchten ist, dass in dieser Richtung nichts mehr geschehen wird. Vielleicht aber kann aufgrund der Kollektivberichte nicht mehr dazu gesagt werden, was aber nur bedeuten kann, das einzugestehen und zuzugeben, dass wir eigentlich nichts sagen können, aber dann auch zu erläutern, auf was hinauf man trotz mangelhafter ~~hhd~~ bzw. unbrauchbarer Berichte dahin kommt, erkannt zu haben, "dass der Drang nach

links in der Arbeiterklasse und im Volk" ~~sich fortsetzt~~ ~~wird~~ (RS 36/9) Wie schwammig das alles ist, zeigt sich beispielsweise daran, dass sowohl die Stimmengewinne der ÖVP vor der NR-Wahl wie dann der Sieg der SPÖ ein und dasselbe bedeuten: die Loslösung geht weiter. Dabei werden auch typisch bürgerliche Begriffe wie 'Stammwählerschichten' verwendet, bei denen eine Auflösung festgestellt wird, ohne sich zu fragen, ob es denn so sei, dass von den 100 000 gewonnenen VP-Stimmen (RS 36/9): gar so viele ehemalige, feste SP-wählende Arbeiter darunter sind - ganz abgesehen davon, dass ein Arbeiter, der sich nach links von der SPÖ löst, sicher nicht die ÖVP wählen wird!

Oben haben wir festgestellt, dass die Einschätzung, dass im Klassenkampf der Zustand des Übergangs zu raschen Veränderungen bereits vorliege, unzutreffend ist. Wie sieht es mit der objektiven Seite aus? Hier ist zu sagen, dass die Widersprüche, die Krise sich weiter verschärft und das Ende nicht abzusehen ist, sodass in Bezug auf Arbeitslosigkeit etc. alles möglich ist. Hier haben wir aber ebenfalls noch nicht viel untersucht und leben von der Hand in den Mund und befleissigen uns zu- meist der Methode, dass alles ärger kommen wird, als die bürgerlichen Experten sagen, was nicht ganz unrichtig sein wird, aber halt keine Analyse ist und auch keine weitergehen den Einschätzungen erlaubt. So etwas ist aber ausserordentlich wichtig, weil der Klassenkampf sich auf der Basis der wirtschaftlichen Entwicklung entfaltet, weswegen die objektive und subjektive Ebene auch nicht auseinandergerissen werden darf. Auch wenn nicht gesagt werden darf, dass die Beziehungen zwischen der objektiven und der subjektiven Ebene einfach linear sind und beide sich direkt entsprechen, so ist es jedoch sicherlich so, dass die Bedingungen für die Kommunisten besser werden, weil wegen der Krise der Druck auf die Arbeiterklasse und das Volk stärker wird. Worauf es also jetzt ankommt, ist zu untersuchen, wie die kapitalistische Wirtschaft sich entwickelt hat und die zukünftige Entwicklung einzuschätzen ist, w wie die Arbeiterklasse und das Volk sich bisher verhalten haben, wie die Bourgeoisie ihre Politik gestaltet und welche Schlüsse daraus für die Zukunft unter Einbeziehung der zu erwartenden objektiven Veränderungen gezogen werden können.

III.

Wenn wir jetzt daran gehen, unsere bisherigen Auffassungen zu überprüfen die Diskussion darüber zu entfalten, so müssen wir daran denken, daß die Arbeit nicht damit getan sein kann, festzustellen, das und das war an unserer Einschätzung falsch. Notwendig wird sein, herauszuarbeiten, zu welchen Fehlern in unserer Politik das geführt hat, was aus einer eventuellen Neueinschätzung folgen muß etc. Diese Debatte darf aber nicht nur auf unsere Organisation beschränkt bleiben, sondern muß alle kommunistischen Organisationen umfassen, die auf derselben bisherigen Einschätzung eine mehr oder weniger entfaltete Politik betrieben haben. ~~;xxxx~~ in Hinblick auf eine einheitliche Politik und den angestrebten Zusammenschluß. Für unsere Organisation wird das der nächste Rechenschaftsbericht leisten müssen; soll er der Aufgabe gerecht werden, unsere bisherige Politik kritisch einzuschätzen.

Anhand unseres Auftretens und der folgenden Analyse zu den Wahlen wollen wir einige Folgen aufzeigen, die einerseits aus der Überschätzung der vor sich gegangenen Änderungen, andererseits aus den großen Mängeln unserer Untersuchungsarbeit resultieren. Das Auftreten während des Wahlkampfes durch unsere Organisation zeigt deutlich, daß entgegen verbaler Äußerungen die ideologische Arbeit von uns in Wirklichkeit auf die leichte Schulter genommen wurde. In vieler Hinsicht zeigte sich das.

Der grundsätzliche Fehler war der, die einmal von uns als zentral bestimmte Punkte ~~x~~ unseres Auftretens nicht während der Arbeit überprüft zu haben. Stattdessen haben wir mechanisch an ihnen festgehalten und die Aufgaben nicht anhand der gemachten Erfahrungen erweitert, korrigiert oder bestimmte neue Schwerpunkte gesetzt.

So konnte es auch kommen, daß wir begonnen haben, uns auf das bei den Massen größte Problem-Arbeitsplatzsicherung-einzustellen, als es schon fast zu spät war. Unsere Arbeit ging im wesentlichen gerade nicht von den Problemen aus, wie sie sich heute den Massen stellen, d.h. wir bestimmten allgemein, was auf der Tagesordnung stand. Das ist auch völlig in Ordnung. Die einzelnen Probleme stellen sich aber vielschichtig und worauf es ankommt, ist, gerade dort anzupacken, wo für die Massen das größte Hindernis ist, um bestimmte Sachverhalte zu durchschauen. Was das ist, das kann nur durch die Massenarbeit ans Tageslicht kommen. Im wesentlichen sind wir nicht so vorgegangen. Das zeigt sich auch deutlich in den Broschüren. Abgesehen davon, daß sie nicht einmal in der Gesamtheit den Aufgaben entsprechen, die wir uns gestellt haben, waren sie eindeutig für die Massenarbeit nicht gut geeignet, wie wir bereits im Kollektivbericht ausgeführt haben. Das zeigte sich darin, daß wir erst spät erkannt haben, wie außerordentlich wichtig es ist, genau auf die Programme und verschiedenen Reden usw. der bürgerlichen Politiker einzugehen. Warum haben wir das alles so spät gesehen? Ein Grund ist sicherlich der, daß wir davon ausgegangen sind, daß es eine Linksdrang gibt, der durch unser Eingreifen zu einer anhaltenden Strömung werden kann. Zusammen mit der traditionell schlechten Untersuchungsmethoden muß das dazu führen, völlig zu unterschätzen, wie sehr die bürgerliche Ideologie tatsächlich noch fängt, daß diese Ideologie erst zerstört werden muß. Die Bedingungen dafür werden immer besser, weil die Wirklichkeit die bgl. Ideologie immer mehr selbst ad absurdum führt, aber wir dürfen unsere Politik doch nicht bloß davon herleiten, daß die bürgerliche Ideologie abbröckelt usw., sondern müssen untersuchen, wo sie ins Wanken gerät, was getan werden muß, um sie zum Zusammenbruch zu bringen, wo sie noch fest ist, ob sie an bestimmten Punkten fester wird usw. Das muß ganz konkret geschehen, dann wird unsere Propaganda auch konkret und für die Leute interessant werden, weil dann nicht bloß allgemein auf ihre Probleme eingegangen, sondern sie direkt angesprochen werden. Würde so z.B. im "Klassenkampf" gearbeitet werden, um wieviel anregender würde er sein. Natürlich wäre es falsch, die Grenze des für uns heute Möglichen nicht zu sehen, ebenso wäre es falsch, alle Fehler, die wir bisher gemacht haben, auf eine völlig unzureichende Analyse der Klassenkampfsituation und die Untersuchungsmethoden zurückzuführen, ohne aber ein ~~ein~~ entschiedenes Umkrempeln unserer bisherigen Arbeit in diesem Punkt werden wir nicht weiterkommen.

Das RS 36, das die bisher einzige vorliegende Einschätzung der Wahl und unserer Arbeit ist, bietet allerdings nichts in dieser Richtung. Da findet sich keinerlei Einschätzung unseres Auftretens, die dazu beitragen könnte, gewisse Fehler nicht mehr zu machen, da findet sich auch keinerlei Einschätzung, wie die Massen sich zur Politik der Bourgeoisie und unseren Auffassungen verhalten haben. Die Arbeitsplatzsicherung war das größte Problem. Hier hatten wir die größten Schwierigkeiten. Dieses Problem steht nach wie vor, und wenn die Lohnrunde ruhig über die Bühne gehen wird, dann gerade wegen des Geredes von Benya und CO hinsichtlich der Arbeitsplatzsicherung. Aber wo wird auf diese Schwierigkeiten eingegangen, wo werden Schlüsse gezogen, wie wir das Problem in Zukunft in den Griff bekommen werden? Nichts findet sich dazu, ganz offensichtlich, weil in Überschätzung der Lage an der ideologischen Front solche Fragen unwillkürlich einen Teil ihrer Bedeutung verlieren.

SCHRACK / WERTHEIM